Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2715

02. 06. 92

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger, Volker Kauder, Erika Reinhardt, Heribert Scharrenbroich, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Karl Lamers, Dr. Walter Franz Altherr, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dr. Joseph-Theodor Blank, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Paul Breuer, Albert Deß, Renate Diemers, Rainer Eppelmann, Anke Eymer, Ilse Falk, Dr. Karl H. Fell, Dirk Fischer (Hamburg), Leni Fischer (Unna), Dr. Gerhard Friedrich, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Peter Götz, Claus-Peter Grotz, Udo Haschke (Jena), Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Editha Limbach, Heinrich Lummer, Claire Marienfeld, Günter Marten, Rudolf Meinl, Maria Michalk, Engelbert Nelle, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Peter Paziorek, Hans-Wilhelm Pesch, Rosemarie Priebus, Kurt J. Rossmanith, Helmut Sauer (Salzgitter), Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Gerhard Schulz (Leipzig), Heinrich Seesing, Bärbel Sothmann, Hans-Gerd Strube, Gabriele Wiechatzek, Bernd Wilz, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Burkhard Hirsch, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schüßler, Dr. Sigrid Semper, Dr. Cornelia von Teichman, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der F.D.P.

Die Schöpfung bewahren, privates Engagement fördern, die Umsetzung von Umweltmaßnahmen in Entwicklungsländern beschleunigen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1.1 In vielen Entwicklungsländern der Tropen und Subtropen findet seit Jahren die wohl größte und folgenschwerste Naturzerstörung der Menschheitsgeschichte statt. Hierauf haben u. a. die Berichte der Enquete-Kommission des Deutschen

Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" eindringlich hingewiesen.

Mittlerweile nimmt die Diskussion um Ursachen, Folgen und Verhinderungsmaßnahmen der Naturzerstörung in der nationalen und internationalen Enwicklungspolitik breiten Raum ein und hat zu ersten wichtigen Änderungen und einer notwendigen Schwerpunktsetzung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd geführt. So wurden beispielsweise Zahl und Umfang der deutschen Förderung von Projekten mit dem Ziel des Schutzes der menschlichen Umwelt und der natürlichen Ressourcen deutlich erhöht, die Umweltverträglichkeitsprüfung für alle bilateralen staatlichen Entwicklungsprojekte eingeführt; bei dieser sollten Fachleute der innerhalb der Bundesregierung für den Umweltschutz zuständigen Stellen beteiligt werden, sofern schwerwiegende Umweltbeeinträchtigungen zu befürchten sind. In der Weltbank wurde auf Initiative der Bundesregierung die globale Umweltfazilität eingerichtet; in mehreren Abkommen wurden Schuldenerlasse mit der Vereinbarung verstärkter Anstrengungen beim Umwelt- und Ressourcenschutz im Schuldnerland gewährt. Auch in vielen Entwicklungsländern werden Umwelt- und Naturschutz ernster genommen, sind Zahl und Größe von Natur- und Umweltschutzorganisationen deutlich gestiegen.

1.2 Dies alles konnte bisher aber nicht verhindern, daß Umweltverschmutzung und Naturzerstörung in der Dritten Welt weiterhin in erschreckendem Umfang voranschreiten, beschleunigt durch hohes Bevölkerungswachstum, das die Armut weiter verschärft und zur Übernutzung der natürlichen Ressourcen führt.

In vielen Entwicklungsländern fehlt es neben der notwendigen Umwelttechnik und ausreichenden Finanzierungsmitteln vor allem an einer effizienten Umweltverwaltung, die die häufig bereits vorhandene Umweltgesetzgebung um- und durchsetzt.

Aufgrund des Mangels an Umweltinstitutionen und Fachpersonal entstehen vielfach Engpässe in der Planung und Durchführung von Umweltprojekten, so daß die vom Ausland bereitgestellten Finanzmittel häufig nicht genutzt werden können.

Diesem Engpaß kann durch verstärkte Zusammenarbeit mit kompetenten internationalen und nationalen Nichtregierungsorganisationen begegnet werden.

Es sind vermehrt Initiativen aufzugreifen, die aus nichtstaatlichem Engagement entstehen. Gerade im Bereich des Tropenwaldschutzes gibt es erfolgversprechende Ansätze.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

2.1 qualifizierte in- und ausländische Nichtregierungsorganisationen, die Umwelt- und Ressourcenschutz in Entwicklungsländern betreiben, in verstärktem Umfang an der Durchführung der von der Bundesregierung finanzierten Entwicklungshilfeprojekte zu beteiligen;

2.2 im Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Richtlinien, nach denen die Ausgaben des Titels 23 02 Kapitel 686 06 „Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in Entwicklungsländern" geleistet werden, unter Nummer 2.1 wie folgt neu zu fassen:

Der BMZ fördert Projekte,

„2.1 die dazu beitragen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation armer Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern unmittelbar zu verbessern";

2.3 im Rahmen des Einzelplans 23 (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) in einem ersten Schritt 10 Mio. DM zweckgebunden zugunsten internationaler Umweltorganisationen für die Durchführung von Ökologieprojekten in Entwicklungsländern festzulegen.

Bonn, den 2. Juni 1992

Dr. Christian Ruck
Dr. Winfried Pinger
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Wolfgang Dehnel
Jochen Feilcke
Karin Jeltsch
Michael Jung (Limburg)
Ursula Männle
Ulrich Schmalz
Andreas Schmidt (Mülheim)
Christian Schmidt (Fürth)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Harald Schreiber
Wolfgang Vogt (Düren)
Michael Wonneberger
Volker Kauder
Erika Reinhardt
Heribert Scharrenbroich
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Karl Lamers
Dr. Walter Franz Altherr
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Paul Breuer
Albert Deß
Renate Diemers
Rainer Eppelmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Dr. Karl H. Fell
Dirk Fischer (Hamburg)
Leni Fischer (Unna)
Dr. Gerhard Friedrich
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Ganz (St. Wendel)
Peter Götz
Claus-Peter Grotz
Udo Haschke (Jena)
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Dr. Paul Hoffacker
Josef Hollerith
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Thomas Kossendey
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Editha Limbach
Heinrich Lummer
Claire Marienfeld
Günter Marten
Rudolf Meinl
Maria Michalk
Engelbert Nelle
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Hans-Wilhelm Pesch
Rosemarie Priebus
Kurt J. Rossmanith
Helmut Sauer (Salzgitter)
Heinz Schemken
Trudi Schmidt (Spiesen)
Gerhard Schulz (Leipzig)
Heinrich Seesing

Bärbel Sothmann
Hans-Gerd Strube
Gabriele Wiechatzek
Bernd Wilz
Wolfgang Zöller
Dr. Wolfgang Schäuble,
Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Irmer
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Jörg Ganschow
Dr. Helmut Haussmann
Dr. Burkhard Hirsch
Dr. Werner Hoyer
Jürgen Koppelin
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Günther Friedrich Nolting
Arno Schmidt (Dresden)
Gerhard Schüßler
Dr. Sigrid Semper
Dr. Cornelia von Teichman
Ingrid Walz
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Burkhard Zurheide
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Auf Dauer kann der Natur- und Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern nur durch höheres Umweltbewußtsein, Begrenzung des Bevölkerungswachstums und eine erfolgreiche Armutsbekämpfung, die Entwicklung und Durchsetzung einer effizienten Umweltgesetzgebung sowie einem stärkeren globalen Umweltschutzengagement der Industrieländer Einhalt geboten werden.

In vielen Ländern haben natürliche Ökosysteme jedoch bereits ein kritisches Minimum erreicht, so daß langfristig wirksame Maßnahmen zu spät kommen würden. Hier gilt es, schon kurzfristig zu sichern, was auf Dauer bewahrt werden soll. Die Entwicklungshilfe auf staatlicher Ebene allein kann dies in der gebotenen Eile nicht leisten.

Andererseits arbeitet eine Reihe in- und ausländischer Nichtregierungsorganisationen wie WWF, IUCN, ORO VERDE, weltweit und oft seit vielen Jahren, mit Kompetenz, Erfahrung und seriösem Engagement an einer Vielzahl konkreter Projekte zur Erhaltung der natürlichen Umwelt auch in Entwicklungsländern. Sie könnten weitere zweckgebundene Finanzierungsmittel zügig und wirkungsvoll einsetzen. Viele dieser Maßnahmen, z. B. integrierte Nationalparksysteme, kommen den mittellosen ländlichen Bevölkerungsschichten unmittelbar zugute: durch Erhalt und Schaffung von Einkommen infolge der Zusammenarbeit mit ihnen im Projekt sowie durch den Schutz vor Klimaveränderung, Bodenerosion und Wüstenbildung.

Dies ist auch Zielsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eine stärkere und unbürokratische Unterstützung solcher Projekte durch die Bundesregierung ist ein wichtiger und rasch realisierbarer Beitrag gegen die weltweit fortschreitende Verwüstung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333